

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**8. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2018/2023**

Sitzungstermin:	Dienstag, 07.05.2019	
Sitzungsbeginn:	16:03 Uhr	
Sitzungsende:	17:45 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Ingo Schaffenberg- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Gabriele Friemer- Die Unabhängigen		
Dr. Carsten Grohmann- CDU		
Bruno Hönel- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Dr. Werner Vieler- AfD		
Aneta Wolter- CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Yvonne Böttcher- SPD		Vertretung für: Frau Sophie Bachmann
Angelika Büche- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Nil Gersdorf- CDU		
Andreas Müller- Die Linke		
Andreas Schulze- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau Michelle Akyurt
Christian Steen- SPD		Vertretung für: Herrn Aydin Candan
Gabriele Ulrich- SPD		
Gregor Voht- FREIE WÄHLER & GAL		
Dr. Axel Walther- FDP		Vertretung für: Herrn Timo Jeguschke
Verwaltung		
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Aenne Beuck- Personalrat FB 2		
Claudia Schwartz- Soziale Sicherung		
Matthias Wulf- Soziale Sicherung		
Dr. Michael Hamschmidt- Gesundheitsamt		
Protokollführung		

Britta Bormann- Soziale Sicherung	
Gäste	
Helmut Müller-Lornsen- FB 2	nur ÖT
Ulrike Harmel- Arbeiter-Samariter-Bund	nur ÖT
Christian Rettberg- Behindertenbeauftragter	nur ÖT
Thomas Schell- Palliativnetz Travebogen	nur ÖT
Tom Stender- Lübecker Hospizbewegung	nur ÖT
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Michelle Akyurt- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	fehlt entschuldigt
Aydin Candan- SPD	fehlt entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Sophie Bachmann- SPD und Lübecker Jugendring	fehlt entschuldigt
Timo Jeguschke- FDP	fehlt entschuldigt
Beiratsmitglieder	
Wolfgang Domeyer- Seniorenbeirat	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 02.04.2019
5.	Mitteilungen des Vorsitzenden
6.	Berichte
6.1.	Palliativpflege und Sterbebegleitung mündlicher Bericht Herr Schell (Palliativnetz Travebogen gGmbH) / Herr Stender (Lübecker Hospizbewegung)
6.1.1.	Antrag AM Schaffenberg, Candan, Voht, Grohmann: zu "Palliativpflege und Sterbebegleitung mündlicher Bericht " hier: Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema Palliativpflege und -medizin in Lübeck Vorlage: VO/2019/07522
6.1.2.	Antrag AM Schaffenberg, Candan, Grohmann, Voht: zu "Palliativpflege und Sterbebegleitung mündlicher Bericht " hier: Unterzeichnung Charta zur Betreuung Sterbender Vorlage: VO/2019/07520
6.2.	Mündlicher Zwischenbericht zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Psychatriebericht (Herr Dr. Hamschmidt)
7.	Beschlussvorlagen
7.1.	Satzung zur Einrichtung eines Behindertenbeirats gem. § 47d GO Vorlage: VO/2019/07130
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung des Ausschusses für Soziales am 07.05.2019 Vorlage: VO/2019/07524

9.2.	Wärmekooperation/Kältebus
9.3.	Verteilung der 5 landesfinanzierten Frauenhausplätze
10.	Anfragen von Ausschussmitgliedern
10.1.	Schuluntersuchungen (AT zur Anfrage VO/2019/07415 AM Müller) Vorlage: VO/2019/07423
10.2.	Überlastungsanzeigen von Mitarbeiter*innen im Gesundheitsamt (Anfrage AM Müller) Vorlage: VO/2019/07453
10.3.	Teilhabe am sozialen Arbeitsmarkt (Anfrage AM Hönel) Vorlage: VO/2019/07537
11.	Anträge von Ausschussmitgliedern
12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören

Der Vorsitzende eröffnet die 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2018/2023.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Rettberg und Herrn Müller-Lornsen (Beauftragte für Menschen mit Behinderung), einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Zu TOP 6.1 heißt der Vorsitzende Frau Harmel (ASB), Herrn Schell (Palliativnetz Travebogen) und Herrn Stender (Lübecker Hospizbewegung) willkommen.

Herr Schulze vertritt Frau Akyurt, Frau Böttcher vertritt Frau Bachmann. Herr Jeguschke wird durch Herrn Dr. Walther vertreten. Herr Steen vertritt Herrn Candan.

Der Vorsitzende verpflichtet Herrn Schulze, Frau Böttcher und Herrn Dr. Walther gemäß § 46 Abs. 6 GO durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten und führt sie in ihr Amt ein.

zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Grohmann beantragt eine Vertagung des TOP 7.1 „Satzung zur Einrichtung eines Behindertenbeirats gem. § 47 d GO“ und begründet dies (u.a. Abstimmungs- und Diskussionsbedarf bzgl. des Wahlverfahrens). Herr Müller stellt einen Gegenantrag.

Der Ausschuss beschließt mit 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung die Vertagung der Angelegenheit.

Gemäß Nachtragstagesordnung liegt eine Anfrage von Herrn Hönel zum Thema „Teilhabe am sozialen Arbeitsmarkt“ vor, die unter TOP 10.3 beraten wird.

Unter TOP 9 – Mitteilungen aus dem FB 2 – werden weiterhin zu folgenden Themen Mitteilungen gegeben:

TOP 9.2 Wärmekooperation/Kältebus

TOP 9.3 Verteilung der 5 landesfinanzierten Frauenhausplätze

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit mit der beschlossenen Vertagung in der erweiterten Fassung festgestellt.

zu 4 Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 02.04.2019

Es werden keine Einwendungen erhoben.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

zu 5 Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Senator Schindler muss spätestens um 18.30 Uhr die Sitzung verlassen, da er einen anderweitigen Termin in Vertretung für Herrn Lindenau übernehmen muss.

zu 6 Berichte

**zu 6.1 Palliativpflege und Sterbebegleitung
mündlicher Bericht Herr Schell (Palliativnetz Travebogen gGmbH) / Herr Stender (Lübecker Hospizbewegung)**

Herr Schell, Herr Stender und Frau Harmel geben einen Einblick in ihren Tätigkeitsbereich. Vor Beginn der Sitzung wurden Unterlagen zum Palliativnetz Travebogen umverteilt.

Herr Schell spricht sich für die Gründung eines Runden Tisches zum Thema Palliativpflege und für eine Unterzeichnung der Charta zur Betreuung Sterbender durch die Hansestadt Lübeck und damit für eine Beschlussfassung zu den entsprechenden Anträgen (TOP 6.1.1 und 6.1.2) aus.

Anschließend werden Fragen von Frau Büche, Herrn Müller und Herrn Dr. Grohmann (zu der bestehenden Kooperationsvereinbarung mit den SIE) beantwortet.

Der Ausschuss nimmt die mündlichen Berichte zur Kenntnis.

zu 6.1.1 Antrag AM Schaffenberg, Candan, Voht, Grohmann: zu "Palliativpflege und Sterbebegleitung mündlicher Bericht "
hier: Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema Palliativpflege und -medizin in Lübeck
Vorlage: VO/2019/07522

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten dafür zu sorgen, dass die Hansestadt Lübeck einen Runden Tisch Palliativpflege und -medizin zu initiiert. Aufgabe des Runden Tisches soll unter anderem darin bestehen:

- 1. die Akzeptanz in der Bevölkerung zum Thema Sterben, Sterbebegleitung zu erhöhen*
- 2. die AkteureInnen lokal zu vernetzen und einzuladen*
- 3. nachhaltige Kooperationen zu bilden und bestehende zu verfestigen (z. B. Travebogen-UKSH)*
- 4. die systematische Einbeziehung von weiteren Professionen mit Bezug zu palliativmedizinischen bzw. betreuungsrechtlichen Fragestellungen einzubeziehen (Amtsgericht, Seelsorge)*
- 5. die Unterstützung der ehrenamtlich Tätigen zu fördern*
- 6. eine Analyse der perspektivischen Bedarfe an ambulanten und stationären Plätzen zu erarbeiten*
- 7. die Teilnehmerrunde sollte mindestens umfassen: Lübecker Hospizbewegung, Palliativnetzwerk Travebogen, DRK Schwesternschaft, Sana-Klinik, UKSH, Kirchen, Gesundheitsamt, Vertretungen des Landes SH.*

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt Herr Schell, er würde sich wünschen, dass die Verwaltung zu einer 1. Sitzung des Runden Tisches einlädt; in dieser Sitzung wäre dann zu klären, welche Institution künftig die Federführung übernimmt.

Herr Senator Schindler sagt eine entsprechende Einladung seitens der Verwaltung zu.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag stattzugeben.

zu 6.1.2 Antrag AM Schaffenberg, Candan, Grohmann, Voht: zu "Palliativpflege und Sterbebegleitung mündlicher Bericht "
hier: Unterzeichnung Charta zur Betreuung Sterbender
Vorlage: VO/2019/07520

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten dafür zu sorgen, dass die Hansestadt Lübeck die Charta zur Betreuung Schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland unterzeichnet.

Durch die Unterzeichnung erklären Kommunen und Institutionen, dass sie die Ziele und Inhalte der Charta mittragen und bekunden ihre Bereitschaft, sich im Sinne der Charta für Verbesserung der Situation schwerstkranker und sterbenden Menschen, ihrer Familien und der ihnen Nahestehender einzusetzen und auf dieser Grundlage für die Einlösung ihrer Rechte einzutreten.

Es besteht Einigkeit darüber, dass der Ausschuss den Antrag zuständigkeitshalber mit einer Empfehlung an die Bürgerschaft adressiert.

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Angelegenheit der Bürgerschaft vorzulegen und empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, dem Antrag stattzugeben.

Auf Vorschlag von Herrn Voht wird der Ausschussvorsitzende den Antrag in der kommenden Bürgerschaftssitzung übernehmen.

zu 6.2 Mündlicher Zwischenbericht zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Psychatriebericht (Herr Dr. Hamschmidt)
--

Herr Dr. Hamschmidt nimmt Bezug auf seine Ausführungen in der Ausschusssitzung am 06.03.2018, TOP 6.1, und teilt zu den dort vorgestellten Handlungsempfehlungen im Einzelnen folgenden Sachstand mit:

1. Hohe Priorität (Umsetzung der Forderung wird als sehr wichtig und dringend an die Politik kommuniziert).

a) **20 Plätze** für eine adäquate nachstationäre Versorgung für **Patienten mit langfristigem Unterbringungsbeschluss** (geschlossene Pflegeplätze)

Das Gesundheitsamt befindet sich diesbezüglich in Verhandlungen, es ist davon auszugehen, dass diese etwa zum Jahresende erfolgreich umgesetzt werden können.

b) **5 Plätze in einer Jugendhilfe-Intensiv-Einrichtung**
und

c) **Therapeutische Wohneinrichtung(en) für Jugendliche und junge Erwachsene mit schweren psychischen Erkrankungen, die in den Regeleinrichtungen der Jugendhilfe nicht adäquat versorgt werden (können)**

Der Bereich Familienhilfen/Jugendamt berichtet dazu folgendes:

„Seit unserer letzten Stellungnahme betr. Handlungsempfehlungen hat sich Folgendes ergeben: Junge Menschen mit psychischen Auffälligkeiten stehen seit langem im Blickpunkt der Jugendhilfe in Lübeck, da eine angemessene Versorgung für diese Zielgruppe oft eine besondere Herausforderung darstellt.

*Da die Schaffung bzw. Erweiterung oder Anpassung von Einrichtungen einen längeren Zeitraum auch unter sorgfältiger Betrachtung der Jugendhilfeplanung erfordert, hat der Bereich Familienhilfen sich in einem ersten Schritt mit dem **Kooperationsprojekt Grenzgänger** auf den Weg gemacht.*

Im Rahmen der Förderung „Grenzgänger“ durch das Sozialministerium Schleswig-Holstein besteht seit Oktober 2017 ein gemeinsames Projekt des Bereichs Familienhilfen/ Jugendamt und der Vorwerker Diakonie als Träger der Inobhutnahme und der Vorwerker Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Jugendpsychiatrie (KJPP).

Zielgruppe sind pädagogisch und psychisch auffällige junge Menschen, in der Fachdiskussion als Grenzgänger bezeichnet, die mit herkömmlichen Jugendhilfeangeboten nur schwer oder zeitweise gar nicht erreichbar sind. Diese jungen Menschen bedürfen einer besonderen Aufmerksamkeit, um im Spannungsfeld der Inobhutnahme, der Vermittlung in geeignete (Jugend-)Hilfeeinrichtungen und der oft notwendigen psychiatrischen Abklärungen angemessene Begleitung zu erfahren.

Die Kooperation beinhaltet im Einzelnen:

- Verbindliche Kooperationsabsprachen zwischen den Akteuren und Sicherstellung eines angemessenen Informationsflusses unter Wahrung des Datenschutzes, die sowohl bei regelhaften Fallverläufen als auch im Krisenfall ein effektives Miteinander der Helfersysteme ermöglichen
- Angebot der telefonischen Kurzberatung von Jugendhilfeträgern durch die KJPP bei akuten psychischen Krisen von jungen Menschen in Einrichtungen
- Einsatz einer Fachkraft bei der Vorwerker Diakonie zur Fallkoordination und –begleitung für „Grenzgänger“
- Etablierung eines regelmäßigen Austausches zwischen den Beteiligten auch zu fallübergreifenden Kooperationsthemen und Fragestellungen im Kontext psychisch auffälliger junger Menschen

Die übrigen Träger von stationären Jugendhilfeangeboten in Lübeck wurden durch Vorstellung des Projektes in der Unter AG der AG 78, Fachgespräch Hilfen zur Erziehung, sowie durch Teilnahme an einem von der Projektleitung veranstalteten Fachtag im November 2018 angesprochen und eingeladen, in eine Ausweitung der Kooperation einbezogen zu werden.

Der Bereich steht daher im regelmäßigen Austausch mit der KJPP.

Mit Blick auf „psychisch belastete Kinder/Jugendliche bzw. Familien“ sind Desweiteren folgende Maßnahmen zu erwähnen:

- Eine weitere Gruppe für Kinder psychisch belasteter Eltern beim Träger „Die Brücke“
- Leistungserbringung im Rahmen der SPFH mit besonderem Profil für die Bedarfe psychisch kranker Eltern ebenfalls durch „Die Brücke“.

d) Umsetzung der avisierten Minimalausstattung von Suchtberatungsstellen mit 2 Vollzeitstellen

Ist durch die zwei Streetworkerstellen umgesetzt

e) Schaffung von Wohneinrichtungen/-Möglichkeiten für ältere Abhängige von illegalen Drogen inklusive Pflege (bei Bedarf)

Es wurde dazu ein Konzept von der AWO erstellt, wir gehen davon aus, dass diesbezüglich in Kürze ein Antrag gestellt werden wird.

f) Fortsetzung des Projektes „komm mit“ (Sprach- und KulturmittlerInnen-Pool) über den 31.07.2018 hinaus

Das Projekt wird erfolgreich weitergeführt.

g) Gesicherte, leicht zugängliche und unbürokratische Übernahme der Kosten für DolmetscherInnen in der psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung geflüchteter Kinder- und Jugendlicher

Die Übernahme der Dolmetscherkosten gestaltet sich sehr schwierig, auch die Diskussion auf Landesebene ist schwierig, hierzu sollten seitens der Politik Unterstützung erfolgen.

h) Schaffung von preis- und lebenswertem Wohnraum

Dieses wird im Fachbereich 5 bearbeitet.

i) Notaufnahmeeinrichtung mit 5 Plätzen für obdachlose schwer psychisch erkrankte Menschen (Systemsprenger/Systemprüfer)

Ist in der Diskussion

j) Erhöhung der Platzzahlen in der voll-, teilstationären und ambulanten Versorgung der Eingliederungshilfe

*Bezüglich Autismus-Spektrumstörungen finden Verhandlungen statt, es ist davon auszugehen, dass diese in Bälde erfolgreich beschlossen werden können.
Bezüglich der sonstigen Anforderungen an Platzzahlen müssen noch die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes einfließen, um genauere Aussagen treffen zu können.*

k) Interkulturelle Orientierung und Öffnung der Träger in der voll-, teilstationären und ambulanten Versorgung, um Menschen mit Migrationshintergrund adäquat versorgen zu können.

Bei schwerer psychisch belastetem Klientel gestaltet sich dieses schwierig, insbesondere bei Klienten, die nicht Deutsch sprechen können. Diesbezüglich sollte sich die Politik bei den zuständigen Trägern dafür einsetzen, dass diese Klienten aufgenommen werden.

2. Nachgeordnete Priorität (Umsetzung der Forderung wird als wichtig an die Politik kommuniziert).

a) Einrichtung einer Fachstelle für Glücksspiel und Medien

Das Land hat sich diesbezüglich noch nicht bewegt, die Einführung einer Fachstelle für Glücksspiel und Medien in Lübeck wird wohl nur gelingen, wenn sich die Politik hierfür auf Landesebene einsetzt.

b) Zulange Wartezeiten auf Termine bei den niedergelassenen PsychiaterInnen und PsychotherapeutInnen

Dieses ist ein Bundesproblem, ist aber auf Bundesebene erkannt worden, es ist zu hoffen, dass die Wartezeiten sich verkürzen werden. Trotzdem ist es wichtig, dass die Politik dauerhaft in ihren Gremien auf das Problem hinweist.

3. Sonstiges:

a) Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund unabhängig vom Aufenthaltsstatus mit der Doppeldiagnose psychische Erkrankung/Trauma und Sucht.

Diese Thematik wird weiter auf Landesebene besprochen.

b) Berufliche Integration

Die Problematik wird in den entsprechenden Kreisen besprochen, die Auswirkungen des Bundesteilhabegesetzes sind aber weiterhin noch unklar.

4. In Bearbeitung:

a) Streetwork für Szenetreffpunkte

Erlедigt, die Stellen wurden eingerichtet.

b) Präventionsangebot für SchülerInnen und BürgerInnen an den Lebensschwellen (Renteneintrittsalter)

Die Angebote sind jetzt vorhanden.

c) Verzahnung von Eingliederungs- und Jugendhilfe. Vernetzung und gemeinsame Steuerung der Hilfen zwischen Jugendamt, Soziale Sicherung und Sozialpsychiatrischem Dienst.

Ist erledigt

Anschließend beantwortet Herr Dr. Hamschmidt Fragen von Frau Büche und Herrn Hönel (Zugang zu den niedergelassenen PsychiaterInnen und PsychotherapeutInnen, o.a. Ausführungen des Bereiches Familienhilfen/Jugendamt), Herr Voht (Anmerkung zum Thema Glücksspiel), Frau Wolter (interkulturelle Öffnung der Träger) und Herrn Dr. Grohmann (Zwangseinweisung mit Zwangsmaßnahmen z.B. Zwangsfixierung).

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

**zu 7.1 Satzung zur Einrichtung eines Behindertenbeirats gem. § 47d GO
Vorlage: VO/2019/07130**

vertagt

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

**zu 9.1 Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte
Sitzung des Ausschusses für Soziales am 07.05.2019
Vorlage: VO/2019/07524**

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.2 Wärmekooperation/Kältebus

Frau Schwartz berichtet von einem Treffen, das im April mit den Partnern der Wärmekooperation stattgefunden hat (Hinweis: Die Winterhilfe hat sich aufgelöst). Die Zusammenarbeit zwischen den Hilfsdiensten, den Notunterkünften und der Obdachlosenhilfe hat gut funktioniert. Insgesamt 5 Menschen wurden in den Wintermonaten (Dezember-März) auf ihren Wunsch in eine Notunterkunft verbracht. 10-15 Menschen leben nach Auskunft der Obdachlosenhilfe derzeit auf der Straße.

Die Vereinsgründung ist noch nicht vollzogen; Herr Rühmling hat gestern das Konzept zum Kältebus vorgelegt, das von Frau Schwartz nun in eine Vorlage eingebracht und in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt werden wird. Herr Rühmling wird an der Sitzung teilnehmen.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Vieler teilt Frau Schwartz mit, dass bereits ein Fahrzeug zur

Verfügung steht. Der Anschaffungspreis beträgt 1.000,00 €; das Fahrzeug müsse aber noch hergerichtet und gewartet werden. Die laufenden Kosten sind nicht in den zur Verfügung stehenden 10.000,00 € enthalten; diesbezüglich müsste ein Beschluss der Bürgerschaft herbeigeführt werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 9.3 Verteilung der 5 landesfinanzierten Frauenhausplätze

Herr Senator Schindler berichtet von einem Termin bei der Justizministerin Frau Sütterlin-Waack. Das Land hat zwischenzeitlich Mittel für 30 zusätzliche Frauenhausplätze zur Verfügung gestellt; davon werden 5 Plätze in Lübeck gefördert.

Herr Voht bezeichnet dies – wie auch Herr Senator Schindler – als gutes Ergebnis; allerdings sei die Finanzierung der Frauenhausplätze insgesamt aus seiner Sicht eine Aufgabe des Landes.

Im Autonomen Frauenhaus sind die 7 zur Verfügung gestellten Plätze bereits umgesetzt worden; im AWO Frauenhaus ist mit einer Umsetzung (dort wurden ebenfalls 7 Plätze zur Verfügung gestellt) im Juni zu rechnen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10 Anfragen von Ausschussmitgliedern

zu 10.1 Schuluntersuchungen (AT zur Anfrage VO/2019/07415 AM Müller) Vorlage: VO/2019/07423

Anfrage:

1. *Wie viele schulärztliche Gutachten und Überprüfungen von Förderschwerpunkten werden im Jahr angefordert.*
2. *Wie viele Schuluntersuchungen konnten auf Grund von Personalmangel nicht angefertigt werden.*

Antwort Herr Dr. Hamschmidt:

Im Jahre 2018 wurden 1.566 Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt, 160 konnten nicht durchgeführt werden. Im Jahre 2019 werden alle Schuleingangsuntersuchungen durchgeführt werden können.

Vom Bereich Schule und Sport waren im Jahre 2018 414 Gutachten angefordert worden, 64 konnten nicht durchgeführt werden, sie wurden aber orientierend geprüft. Im Jahre 2019 ist davon auszugehen, dass nach dem 1. Quartal keine Einschränkungen bestehen werden.

Im Rahmen eines Projektes wurden im Jahre 2018 72 „Quereinsteiger-Untersuchungen“ bei Flüchtlingskindern durchgeführt, im Jahre 2019 werden wir voraussichtlich alle diese Kinder untersuchen können (ca. 300).

Es spricht außerdem Herr Dr. Grohmann (Stellenbesetzung durch Zulagen).

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.
Herr Müller erklärt seine Anfrage damit für erledigt.**

zu 10.2 Überlastungsanzeigen von Mitarbeiter*innen im Gesundheitsamt (Anfrage AM Müller) Vorlage: VO/2019/07453
--

Anfrage:

1. *Wie viele Überlastungsanzeigen wurden von Mitarbeiter*innen im Gesundheitsamt eingereicht?*
2. *Ich bitte darum den Personalrat vom FB 2 und den Gesamtpersonalrat, zum Thema Überlastungsanzeigen von Mitarbeiter*innen im Gesundheitsamt, zur nächsten Sitzung einzuladen.*

Antwort Herr Dr. Hamschmidt:

In den letzten zwei Jahren wurden im Gesundheitsamt insgesamt 9 Überlastungsanzeigen gestellt. Durch die jetzt erfolgten Stellenwiederbesetzungen/Stelleneubesetzungen und die noch in Kürze erfolgenden Stellenbesetzungen ist davon auszugehen, dass sich die Überlastungsanzeigen bis zum Ende des 3. Quartals 2019 erledigt haben.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Müller erklärt seine Anfrage damit für erledigt.

zu 10.3 Teilhabe am sozialen Arbeitsmarkt (Anfrage AM Hönel) Vorlage: VO/2019/07537
--

Anfrage:

1. *Wie setzt sich die Hansestadt Lübeck dafür ein, Langzeitarbeitslosen und Langzeitleistungsbeziehern und -bezieherinnen im SGB II-Bezug verstärkt eine Perspektive zur Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt zu geben?*
2. *Nimmt die Hansestadt Lübeck zukünftig selbst als Arbeitgeber eine Vorbildfunktion ein, indem Sie innerhalb der Verwaltung verstärkt die Anstellung Langzeitarbeitsloser fördert?*

3. Ist es möglich, dass die Hansestadt Lübeck dazu auf dem sozialen Arbeitsmarkt und soweit möglich auch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine festgeschriebene Zahl von Stellen bereitstellt und die Langzeitarbeitslosen bei der Wiedereingliederung unterstützt?

4. Gibt es neben den bekannten Zuschüssen (BQL etc.) weitere Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten des Landes und Bundes, welche hierzu ggf. in Anspruch genommen werden können?

5. Ist es möglich, dass sich die bei der Stadt auf dem sozialen Arbeitsmarkt Beschäftigten als interne Bewerber/innen auf dem stadtinternen Arbeitsmarkt bewerben?

6. Inwiefern kann die Hansestadt Lübeck daraufhin wirken bei der Vergabe von Leistungen an externe Dritte diejenigen Anbieter zu bevorzugen, die Langzeitarbeitslose bzw. Langzeitleistungsbezieher/innen im SGB II beschäftigen?

Herr Senator Schindler erklärt, dass hier Fragen zum „Arbeitgeber Hansestadt Lübeck“ gestellt werden, die in den Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs 1/Personal-und Organisationservice fallen.

Herr Hönel wird daher gebeten, seine Anfrage erneut im Hauptausschuss zu stellen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 11 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 12 Verschiedenes

Auf Nachfrage von Herrn Voht erklärt Herr Senator Schindler, dass an der Aktualisierung des Berichts zum Thema „§ 16i SGB II“ derzeit noch gearbeitet wird.

Herr Senator Schindler verweist in diesem Zusammenhang auf die Ausschreibung mehrerer Stellen im Fachbereich 5 über diese Förderungsmöglichkeit.

Herr Müller (Bereichsleiter der SIE) hat seine Stelle zum 01.06.2019 gekündigt. Auf Nachfrage von Herrn Müller (AM) teilt Herr Senator Schindler mit, dass das von Herrn Müller vorgestellte Zukunftskonzept („Vision 2030“) Grundlage aller weiteren Überlegungen sein wird. Es erfolgt umgehend eine neue Stellenausschreibung.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet statt am Dienstag, den 04.06.2019, um 16.00 Uhr im VZM.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 5. Juni 2019

Ingo Schaffenberg
Vorsitzende/r

Britta Bormann
Protokollführung